

Dresdner Volkszeitung

Hauptkontor: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontor: Gebr. Arnold, Dresden und Schif. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mühlb. und Dresden-Litfabl.

Abonnement: 10 Mark jährlich, 5 Mark halbjährlich, 2 Mark vierteljährlich. Einzelhefte 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf.

Nr. 279

Dresden, Sonnabend den 1. Dezember 1923

34. Jahrg.

Der sächsische Brennpunkt

Die durchaus nicht einfache Situation, die der sozialdemokratische Landespartei tag Sachsens am 4. März zu meistern sucht, erscheint geradezu simpel neben der verflochtenen, verknüpften, mit allerhand politischen Hypothesen belasteten Lage, die die heute nachmittags in Dresden zusammentretende Landesversammlung vorfindet. Aus einem schwächlichen Anlauf der Reichsregierung gegen die bayerischen Hochverratsorgane wurde eine Reichsregulativ gegen Sachsen und Thüringen. Aus der Verteidigung der Republik wurde die militärische Vergewaltigung republiktreuer Einzelstaaten. Und nicht die republikfeindliche Regierung in Bayern wurde abgesetzt, sondern die republikanische in Sachsen. Den Verfassungsbrüchen Bayerns gegen das Reich folgten die Verfassungsbrüche des Reiches gegen Sachsen. Und das alles und manches andre unter Mitverantwortlichkeit sozialdemokratischer Reichsminister wie eines sozialdemokratischen Reichspräsidenten.

Der Parteivorstandsvertreter, der heute und morgen diese Politik der ewigen Wählerfolge vertreten und erklären soll, geht keinen leichten Gang. Er wird das vorfinden, was man eine gehobene Stimmung zu nennen pflegt. Wir geben zu: es ist immer billig und bequem, Janesengegange Experimente der Führung anzufreiden. Aber man soll uns sagen, was anders die Mitgliedschaften für eine Politik der Wählerlei verantwortlich machen sollen, wenn die Wahrheit der Reichstagsfraktion und die Parteileitung sich immer wieder für eine Taktik der Wählerlei entschieden, gar die breite Parteifreie dauernd warnen, gegen die sie ebenso unermüdet wie vergeblich protestierten! Wenn nicht schon vor Etablierung des Kabinetts Stresemann Nr. 1, so markten unsere Hauptverantwortlichen innerhalb der ersten drei Witterwochen dieser großen Koalitionsehe leben, wohin die Reise ging. Rein, auch das Stresemann-Kabinett Nr. 2 mußte durchgefostet werden, bis der Wähler keine Schuldigkeit getan hatte und gehen konnte.

Neuerdings hat der Parteivorstand einigen Parteiblätern längere Erklärungen geschickt, mit denen er seine Politik zu rechtfertigen suchte. Er hat eine eigene Korrespondenz gegründet, versendet sie an die Parteipresse und läßt darin gegen die Opposition vom Leder ziehen. Wozu der Aufwand? Wäre es nicht besser gewesen, er hätte auf rasche Eimerung eines Parteitagess gedrungen, wenn er seinen Argumenten so vertrauen könnte, wie es in seiner Korrespondenz von den Mitgliedschaften gefordert wird? Der Parteivorstand hat zunächst einmal den Parteiaussschuß sprechen lassen — eine Körperschaft, deren Zusammenlegung es vielen unter uns längst nicht mehr fraglich erscheinen läßt, ob ihre Vertreter die Meinung ihrer Bezirke widerspiegeln. Dieser Parteiaussschuß hat Beschlüsse geboren, die von so weittragender Bedeutung sind, daß nicht er, sondern nur ein Parteitag dafür zuständig ist. Wir wollen uns nahegelegene Beziehungen, wie Waulkorb usw., verneinen, aber daß der Parteiaussschuß der sächsischen Landeskonferenz in einer recht vordringlichen Weise vorzuarbeiten suchte — darf man das noch sagen, ohne unhöflich zu werden?!

Der Parteiaussschuß stellt einfach fest: „Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landesparlamenten auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben“ und sind dafür „ihren Landesparteitagen und der Gesamtpartei verantwortlich“. Das hieße also: Wenn sich irgendwo eine sozialdemokratische Fraktion für das Zusammengehen mit der Volkspartei entscheidet, so hat sich die Politik der Partei nach diesem Fraktionsbeschlusse zu richten, bis ein Parteitag entscheidet. Das müßte zu ganz unmöglichen Konsequenzen führen. Wir stehen nicht auf dem Standpunkte, daß die Landesinstanzen über den Kopf der Fraktion hinweg die parlamentarischen Fragen entscheiden dürfen. Der Wähler ist hierbei ein Faktor, der mißbraucht. Er wählt mit unsrer Liste eine Reihe Abgeordnete, denen er bestimmte Funktionen überträgt. Wir meinen daher, daß in dieser strittigen Frage ein Ausgleich gefunden werden müßte, wonach die Fraktion oder ein bestimmter Teil der Fraktion und Parteileitung gemeinsam über die wichtigsten parlamentarischen Probleme beschließen, weil diese Beschlüsse in den meisten Fällen die politische Geltung der Partei mitbestimmen. Auch in bürgerlichen Parteien ist das der Brauch, und der Parteiaussschuß hat sich die Lösung dieser Streitfrage etwas zu leicht gemacht.

Ebenso schnell fertig war er mit dem Wort, das er gegen „jede organisatorische und politische Vereinbarung mit der R. P. D.“ sprach. Weiß er denn so bestimmt, daß in dieser

Zeit der wachsenden Reaktion und der sich überstürzenden Ereignisse nicht schon übermorgen eine Situation da ist, die das gesamte Proletariat gebieterisch in eine gemeinsame Kampffront drängt? Die Geschichte richtet sich nicht nach Instanzbeschlüssen, sondern wir haben unsre Taktik nach der Geschichte zu richten. Will die Parteiaussschuhmehrheit erklären, das alles sei auch ihr nicht ganz unbekannt, so stehen wir doppelt überwältigt vor der marxistischen Weisheit solcher Beschlüsse!

Das künftige Verhältnis zwischen uns und den Kommunisten wird in den Dresdner Beratungen eine beherrschende Rolle spielen. Wer wie wir der Ansicht huldigt, daß eine realpolitische Weiterentwicklung der kommunistischen Bewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen der proletarischen Einheitsfront ist, der muß bedauern, daß

Kabinett Marx

Nach einigem Sägen und Würgen ist das Kabinett Marx zustande gekommen. Die Zusammenlegung sieht so aus: Reichskanzler: Marx (Zentr.), Innenminister und Vizekanzler: Fares (holl. D. W., halb Deutschnational), Außenminister: Stresemann (D. W.), Finanzminister: Luther (ziemlich D. W.), Wirtschaftsminister: Gamm (Dem.), Verkehr: Dejer (Dem.), Landwirtschaft: Graf Ranitz (ohne Partei, bisher Deutschnational), Reichswehr: Gessler (Dem.), Arbeit: Brauns (Zentr.), Post und telegraphische Dienste: Soelle (Zentr.), Justiz: Emminger (B. W.), Chef der Reichskanzlei: Kempfer.

Diese Regierung der bürgerlichen Mittelparteien unterscheidet sich nur wenig von dem gestürzten Kabinett Stresemann Nr. 3. Dieselben Parteien und fast dieselben Personen. Nur die Bayerische Volkspartei hat einen Sitz bekommen, doch soll der Abgeordnete Emminger nur „als Hochminister“ teilnehmen, die Bayerische Volkspartei will sich durch ihn nicht an das Kabinett gebunden haben. Sie hätte das nur getan, wenn auch die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten wären. Die aber forderten mindestens zwei entscheidende Ministerposten. Als das durch die Ablehnung des gleichzeitigen Verlangens auf Sturz der preussischen großen Koalition nicht zustande kam, verboten die Deutschnationalen auch ihrem Mitgliede Schiele die Uebnahme des Ernährungsministeriums „als Person“. Sie schmolzen und großen den bürgerlichen Mittelparteien und werden sich ihre Duldung des Kabinetts Marx erst abkaufen und gut bezahlen lassen.

Im Grunde hat das Kabinett Marx einen rechtsgerichteten Charakter, so daß es sich der mindestens positiven Unterstützung der Deutschnationalen versichern wird. Wie das gemacht werden soll, dürfte man bald erfahren.

Zugleich oder werden die beiden erfahrenen Politiker Marx und Stresemann die Sozialdemokratie mit allen parlamentarischen Mitteln und Kniffen zu bestimmen versuchen, ihr Kabinett durch „Neutralität“ zu buhlen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern zur Lage Stellung. Entscheidend ist zunächst das politische Programm des Kabinetts Marx. Am Dienstag soll es im Reichstag öffentlich verkündet werden. Nach einer Berliner Meldung hat sich die sozialdemokratische Fraktion ihre endgültige Stellungnahme bis nach Bekanntgabe der Regierungsberklärung vorbehalten. Es scheint, daß Herr Marx den Hauptzweck seiner Regierung darin erblickt, durch ruhiges Fortwärteln bis zu den Reichstagswahlen am Leben zu bleiben. Im Juni nächsten Jahres sind sie fällig, aber man denkt sich schon im jetzigen Frühjahr an sie. Die Sozialdemokratie wird eine baldige Grundabklärung der Reichstagswahlen fördern müssen. Der sonstigen Politik des Kabinetts Marx gegenüber wird eine Duldung nicht in Frage kommen.

Die Thüringer Regierungsfrage

Weimar, 30. November. (Eig. Draht.) Die Freitagssitzung des Landtages war der Frage der Ergänzung der Regierung gewidmet, ohne daß eine Lösung gefunden worden wäre. Es wurden im ganzen drei Vorschläge eingebracht: Ein sozialdemokratischer Vorschlag, der eine Ergänzung der rein sozialdemokratischen Regierung durch weitere Mitglieder der R. P. D. vorsah, wurde abgelehnt; Landbund, Demokraten und Deutsche Volkspartei machten gemeinsam den Vorschlag, mit Unterstützung der Deutschnationalen zwei Minister und zwei Staatsräte in die jetzige Kumpfsregierung zu entsenden. Es wäre dadurch in Thüringen eine große Koalition geschaffen worden, die, was bezeichnend ist, sogar die Unterstützung der Deutschnationalen gefunden hätte. Die Sozialdemokratie selbst hätte dabei die vier wichtigsten Ministerien des Innern, des Reichens, der Volksbildung und der Finanzen nebst dem Vorsitz im Staatsministerium behalten. Aber auch dieser Vorschlag fand keine Mehrheit. Die Kommunisten rücken mit einem Vorschlag heraus, wonach sie sich erneut an der Regierung beteiligen wollten. Der Vorschlag wurde bei drei Stimmabhaltungen abgelehnt. Nach dem Scheitern sämtlicher Vorschläge wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt. Obgleich die bürgerlichen Parteien ein Einheitsvotum gegen die jetzige Regierung ein

in Sachsen wie in Thüringen das parlamentarische Zusammenarbeiten zwischen R. P. D. und R. P. D. in die Brüche ging. Bietweit daran die R. P. D., wie weit die Sozialdemokratie, wie weit die allgemeinen Ereignisse und sonstigen Einflüsse die Schuld tragen — darüber wird auf der Landesversammlung deutlicher, als es hier möglich zu reden sein.

Wir gehörten zu denen, die bis über den 4. März hinaus die Möglichkeit eines abermaligen Zusammengehens mit den Kommunisten für wenig wahrscheinlich hielten. Ihre etwigen Seitenstriege, ihr gemeinsames mit den bürgerlichen inszeniertes Vorgehen gegen Lipinski konnte niemand optimistisch stimmen. Deswegen forderten wir auch von der Konferenz des 4. März, daß sie sich entscheiden müsse, welche Koalition der Sozialdemokratie in Sachsen übrig bleibe, wenn nachmalige Verhandlungen mit der R. P. D. resultatlos verliefen. Nachdem es jedoch der Siebenerkommission gelungen war, mit den Kommunisten wiederum eine gemeinsame Koalitionsbasis zu finden, haben wir für unsern Teil getan, was wir konnten, um das Kabinett Zeigner zu unterstützen und die R. P. D. an der Stange der Verantwortlichkeit zu halten.

Heute steht die sächsische Sozialdemokratie wieder vor der Kernfrage des 4. März. Zweifellos ging dem Druck diesmal deutlicher denn jemals die Durchsicherung der gemeinsamen Vereinbarungen durch die deutschen Moskauer voraus. Zweifellos haben sie uns mit Witzingers Rede in Leipzig, mit dem Chemnitzer Vertriebskongress, mit ihrem Generalstreikflugblatt usw. in schwerer Stunde gefährliche Knäuel zwischen die Beine geworfen. Wenn sie den „linken Führern“ der Sozialdemokratie heute Treulosigkeit, Verrat und andre Beschimpfungen an den Kopf werfen, so kann an neuerem Material festgestellt werden, daß die R. P. D. geradezu mit einem Programm der Treulosigkeit in die Koalition hineinging.

Also ist die Hinterhältigkeit der Kommunisten derart erwiesen, daß man nicht mit ihnen arbeiten kann! — schlussfolgern heute auch manche derer, die bis dato das Zusammengehen unterstützten. Dazu wäre zu fragen: Wer hat denn nach dem 4. März geglaubt, daß die R. P. D. es so ehrlich mit ihren Worten meinte, wie sie mitunter vorgab? Kam es uns nicht vor allem darauf an, die R. P. D. trotz allen Nebenabsichten beim Wort zu nehmen und zu gemeinsamer proletarischer Arbeit zu zwingen? Und wie sieht's denn mit der Treue, der Loyalität, der Ehrlichkeit der bürgerlichen Parteien, die im Reich unsre Koalitionsgenossen waren? Wie das Kabinett Stresemann mit unsrer Vereinbarung umsprang, wie die Sachwertterfassung betrat, wie das Vorgehen gegen Bayern projektiert und im Handumdrehen die Vergewaltigung Sachsens und Thüringens daraus gemacht wurde — das sind Spektakelstücke, die von einer kaum zu überbietenden Verlogenheit, Hinterhältigkeit und Unzuverlässigkeit der daran beteiligten bürgerlichen Parteien zeugen. Die R. P. D. kann davon nur einiges an Gerissenheit lernen — und wir nicht minder!

Was nun? Wie die Dinge gegenwärtig in Sachsen liegen, müssen wir uns bemühen, das jetzige Ministerkabinett zu halten. Verlangen die bürgerlichen Parteien und unbetulbare Konzessionen, drohen sie uns abermals mit Ministerfängerereien, so stünden wir wiederum vor der Notwendigkeit, eine tragfähige sozialdemokratisch-kommunistische Basis zu suchen. Dafür, daß sie von der R. P. D. nicht wieder verfassungswidrigen Belastungen ausgesetzt würde, müßten allerdings entsprechende Sicherungen getroffen werden. Lehnen die Kommunisten ab, so haben sie alles weitere vor der Arbeiterschaft zu verantworten. Der Landespartei tag müßte für diesen Fall den Landesinstanzen freie Hand für andre Lösungen lassen. Man kann Landeskonferenzen nicht in jeder drängenden Situation einberufen. Vor allem müßten Neuwahlen vermieden werden, denn sie würden auch im günstigsten Falle keine Lösung bringen.

Wir hoffen, daß die Delegierten die Schwere der Situation und allerhand Momente, die zu betrachten hier nicht der Ort ist, würdigen werden, ohne sich an Rechtsabereiten oder dargelegte Meinungen gebunden zu fühlen. Möge der Landespartei tag das Ventil sein, durch das manche berechtigste Mißstimmung abströmt. Möge er die Brüderlichkeit und Geschlossenheit unsrer Reihen festigen. Trüb ist der Horizont ringsum. Zerfegung, wozu wir bliden. Unglaube, Schwäche, Zerfahrenheit in allen Parteien. Unse Aufgabe ist es, die aersprengte Volkstreue um unsre Fahnen zu sammeln, auf unsre Stunde zu rufen. Frei nach Schillers Wallenstein möchten wir sagen, daß unser Wort tot bleibt, solange es dieser Glaube nicht lebendig macht. In diesem Geiste embleiten wir der Dresdner Tagung unsre Grüße!